

Antrag 78/I/2025

Unterbezirk Dahme-Spreewald

Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:

Der/Die Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion möge beschließen: Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:

Einführung Rentenabzugssteuer

1 Die Landesgruppe Brandenburg in der SPD-
2 Bundestagsfraktion und die Bundestagsfraktion
3 wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zur
4 Einführung eines Steuerabzugs von der Rente
5 wie beim Lohnsteuerabzug bei den Einkünften
6 aus nichtselbstständiger Arbeit einzuführen.
7 Dies befreit Rentner*innen in vielen Fällen von
8 der Verpflichtung zur Abgabe einer Einkommen-
9 steuererklärung und trägt damit erheblich zum
10 Bürokratieabbau bei.

11

12 Begründung

13 Rentenbezüge unterliegen mit einem gesetzlich be-
14 stimmten Besteuerungsanteil als sonstige Einkünfte
15 gemäß § 22 Einkommensteuergesetz der Ein-
16 kommensteuer, soweit diese neben anderen Ein-
17 künften den Grundfreibetrag (im Veranlagungszeit-
18 raum 2025 = 12.096 €) übersteigen. Dieser Besteue-
19 rungsanteil ist abhängig vom Jahr des Rentenein-
20 tritts. Während bei Personen, die bis 2005 in Ren-
21 te gegangen sind, der Besteuerungsanteil bei 50%
22 der Rente liegt, beträgt dieser bei Personen mit Ren-
23 teneintritt im Jahr 2020 schon 80,0% und steigt
24 weiter von Jahr zu Jahr. Damit entsteht bei Rent-
25 ner*innen, die erst vor wenigen Jahren in den Ru-
26 hestand getreten sind, bei einer monatlichen Ren-
27 te von 1.200 € Einkommensteuer und damit eine
28 jährliche Verpflichtung zur Abgabe einer Einkom-
29 mensteuererklärung. Bei Ehegatten, die beide Ren-
30 te beziehen, entsteht die Steuerpflicht bei 2.400
31 € gemeinsamer Rentenbezüge. Im Hinblick auf die
32 zum Glück weiter ansteigenden Rentenbeträge trifft
33 das die überwiegende Zahl der Rentner*innen in
34 Deutschland.

35 Vielen Rentner*innen ist diese bestehende Einkom-
36 mensteuerpflicht nicht bewusst, weshalb die Fi-
37 nanzämter sie nach Jahren aufgefordert haben,
38 für die Vergangenheit Einkommensteuererklärun-
39 gen abzugeben. Die sich ergebenden Zahlungsver-
40 pflichtungen gleich für mehrere Jahre einschließlich

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Bundestagsfraktion (Konsens)

41 zu erhebender Nachzahlungszinsen haben die Be-
42 troffenen oft nicht eingeplant, was zu erheblichen
43 Belastungen für die Rentner*innen geführt hat. Au-
44 ßerdem fällt es älteren Menschen oft schwer, die
45 komplizierten Steuererklärungsvordrucke auszufül-
46 len bzw. die Erklärung elektronisch einzureichen.
47 Deshalb soll – wie bei Arbeitnehmer*innen auch –
48 bei Auszahlung der Rente die Einkommensteuer wie
49 die Lohnsteuer gleich einbehalten und von der Deut-
50 schen Rentenversicherung an das Finanzamt abge-
51 führt werden. Monatliche Zahlungen aus ergänzen-
52 den Betriebsrenten, Riester-Verträgen oder ande-
53 ren ähnlichen Leistungen von Versicherungen an die
54 Rentner*innen sind zur Einbeziehung in die Steuer-
55 berechnung elektronisch unmittelbar an die Deut-
56 sche Rentenversicherung zu melden. Wenn keine
57 anderen Einkünfte vorliegen, ist keine Steuererklä-
58 rung abzugeben, was zu einem erheblichen Büro-
59 kratieabbau und zur Entlastung der Finanzämter
60 führt. Die Rentner*innen können aber auch eine Er-
61 klärung abgeben und damit die Durchführung einer
62 Einkommensteuerveranlagung beantragen. Die ein-
63 behaltene Rentensteuer wird dann auf die sich er-
64 gebende Einkommensteuerschuld angerechnet, so
65 dass den Betroffenen keine Nachteile dadurch ent-
66 stehen.

67 Im Ergebnis bleibt es dann für die Rentner*innen wie
68 zu Zeiten ihres aktiven Arbeitsverhältnisses, als die
69 Lohnsteuer vom Arbeitslohn abgezogen und an das
70 Finanzamt abgeführt wurde. Auch bei pensionier-
71 ten Beamt*innen wird von der Pension Lohnsteuer
72 einbehalten, so dass es zu einer Gleichbehandlung
73 der Rentner*innen und Pensionär*innen führt.

74 Die zusätzliche Aufgabe des Rentensteuerabzugs
75 für die Deutsche Rentenversicherung ist aufgrund
76 der vorhandenen Besteuerungsmerkmale (Steuer-
77 klassen) und der fortgeschrittenen Automation gut
78 leistbar.

79 Auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwi-
80 schen SPD und Union heißt es: „Wir wollen auch
81 die Besteuerung der Rentnerinnen und Rentner ver-
82 einfachen. Generell sollen diese Gruppen von Er-
83 klärungspflichten soweit als möglich entlastet wer-
84 den.“